

Leitantrag

zur Landesvertreterversammlung des VBE Hessen

am 11./12. Mai 2017 im HOTEL ESPERANTO (Fulda)

Wertschätzung hat viele Facetten

Der VBE Hessen vermisst die Wertschätzung der Lehrerinnen und Lehrer, die diesen für ihre tägliche Arbeit in der Schule zusteht. Denn die Lehrerinnen und Lehrer begleiten die Schülerinnen und Schüler durch Kindheit und Jugend, sie vermitteln Wissen, leisten Erziehungsaufgaben, sind Ansprechpartner für schulische und private Sorgen, bereiten die Schülerinnen und Schüler auf das Leben nach der Schule vor. Nicht zuletzt leisten sie einen Beitrag zur einzigen Ressource, die Deutschland hat: gebildete und gut ausgebildete junge Menschen.

Wertschätzung haben sie dafür von vielen Seiten verdient: von der Schülerschaft selbst, von der Elternschaft, aus der Gesellschaft und von der Politik. Diese Wertschätzung kann sich auf verschiedene Art und Weise ausdrücken: durch Respekt und Verständnis, durch Kooperationsbereitschaft und Unterstützung und nicht zuletzt durch angemessene und faire Bezahlung.

Die Lehrerausbildung

Die Wertschätzung für den Lehrerberuf muss es vom ersten Tag an geben, also bereits im Studium. Die Realität sieht aber leider anders aus: Die Fachbereiche an den Universitäten investieren das Geld, das sie für die Lehrerausbildung zugewiesen bekommen, nicht vollständig in Lehrveranstaltungen und Forschungsvorhaben, die für die Lehrerausbildung relevant sind, sondern geben es häufig für andere Zwecke aus. Die **Lehrerausbildung als 5. Rad am Wagen** – so nehmen Studierende und Dozenten die Lehr- und Lernsituation häufig wahr.

Die geplante **Aufstockung der Studienplätze** an den hessischen Universitäten für das Lehramt an Grundschulen und Förderschulen ist so gesehen ein positives Signal. Doch die Probleme reichen tiefer: Die angehenden Lehrerinnen und Lehrer werden an der Universität oft nicht ausreichend auf den Berufsalltag vorbereitet. Die Rolle der Lehrkräfte erschöpft sich nämlich nicht mehr darin, Wissen zu vermitteln. (Regelschul-)Lehrkräfte leisten Erziehungsaufgaben, außerdem übernehmen sie sonderpädagogische und sozialpädagogische Aufgaben.

Der VBE Hessen fordert daher, die **Lehrerausbildung zu verbessern und den Realitäten anzupassen**. Ein Beispiel: Lehrkräfte dürfen nicht länger zu „Einzelkämpfern“ ausgebildet werden. Das Studium muss berücksichtigen, dass der heute gängige Unterricht nach multiprofessionellen Teams und entsprechenden

Arbeitsweisen verlangt. Ein zweites Beispiel: Über den Fachunterricht dürfen nicht Themen in Vergessenheit geraten, die für den Berufsalltag heute elementar sind, u. a. der Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten, Unterricht an der Ganztagschule, Elternarbeit, Deutsch als Zweitsprache sowie die Prävention von Gewalt und die Intervention bei Konflikten.

Die Lehrerausbildung muss sich diesen Themen stärker widmen. Unter den momentanen Umständen riskieren wir, dass zahlreiche junge Lehrkräfte schon nach wenigen Monaten im Beruf ernüchtert bis frustriert sind.

Der VBE Hessen fordert:

Das Land muss darauf achten, dass die Universitäten das für die Lehrerausbildung zugewiesene Geld auch wirklich zielgerichtet investieren. Die universitäre Ausbildung muss auf die tatsächlichen pädagogischen Herausforderungen im Schulalltag vorbereiten.

Die Arbeitsbedingungen

Viele Lehrerinnen und Lehrer berichten, dass sie den Schülerinnen und Schülern (sowie ihren eigenen Ansprüchen) nicht mehr gerecht werden. Die Gründe dafür sind vielfältig: Zum einen haben sie den Auftrag, ständig neue Inhalte zu vermitteln, andererseits nehmen **Erziehungsaufgaben** ständig mehr Zeit in Anspruch. Inklusiver Unterricht, der Ganzttag, DaZ sowie Flüchtlingskinder und –jugendliche, die zum Teil ohne schulische Vorerfahrungen und/oder traumatisiert in den Schulalltag integriert werden müssen – das sind Herausforderungen, auf welche die allerwenigsten Lehrerinnen und Lehrer vorbereitet sind.

Diese Herausforderungen führen gegenwärtig zu unzähligen Überstunden der Kolleginnen und Kollegen, da nötige Absprachen und bürokratische Aufgaben z.B. für inklusive Beschulung oder die Organisation von Intensivklassen nicht in der **Unterrichtsverpflichtung** berücksichtigt werden. Aus Sicht des VBE Hessen kann es aber nicht angehen, dass die **außerunterrichtlichen Verpflichtungen** ständig wachsen.

Das gilt ganz besonders für die **Lehrkräfte in Teilzeit**: Die außerunterrichtlichen Verpflichtungen gelten weitgehend als „unteilbare Aufgaben“, so dass diese komplett zur reduzierten Unterrichtsverpflichtung hinzukommen. Das bedeutet eine krasse Ungleichbehandlung der Kolleginnen und Kollegen in Teilzeit.

Die Arbeitszeit muss folglich auf realistischer Grundlage berechnet werden! Das gilt besonders für die **Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen**, die die höchste Unterrichtsverpflichtung haben und derzeit mit Inklusion und Integration (noch) am stärksten gefordert sind.

Doch unabhängig von der Schulform steht fest: Der Lehrerberuf ist längst kein Halbtagsjob mit 12 Wochen Ferien pro Jahr mehr. Das muss bei allen Gesprächen über Wertschätzung im Bewusstsein sein!

Als belastend erleben die Lehrerinnen und Lehrer zudem den Unterricht mit zu **großen Klassen und in zu kleinen Räumen**, den **Zustand der Schulgebäude** allgemein, die **Verrohung von Sprache und Umgangsformen** bei Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern – sowie das Gefühl, mit all den Herausforderungen im Unterricht vom Dienstherrn oft alleine gelassen zu werden. Betrachtet man die Arbeitsbedingungen in der Gesamtschau, ist der hohe Krankenstand an vielen Schulen kein Wunder. Mehr Unterstützung durch den Dienstherrn, Supervision und Gesundheitsprävention sind an den Schulen deshalb dringend erforderlich!

Der VBE Hessen fordert:

Die Arbeitszeit muss auf realistischer Grundlage – also in Anerkennung der zahlreichen außerunterrichtlichen Verpflichtungen – berechnet werden.

Die Politik muss sicherstellen, dass die Schulträger für ausreichend Räume sorgen, die in gutem Zustand sind, sowie für eine angemessene Ausstattung mit Möbeln und Materialien.

Die Politik muss anerkennen, dass Lehrerinnen und Lehrer hoheitliche Aufgaben wahrnehmen und Gewalt gegen Lehrkräfte einer Gewalt gegen den Staat gleichkommt. Entsprechend muss die Politik durch schärfere, abschreckende Strafen die Lehrkräfte besser vor Übergriffen durch Schülerinnen, Schüler und Eltern schützen.

Die Fort- und Weiterbildung

Die Lehrerinnen und Lehrer sind aufgefordert, sich per Fort- und Weiterbildung auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten, und die Kolleginnen und Kollegen sind durchaus willens. Doch vielen fehlt es an der Zeit bzw. den Schulen am Personal, das die Kolleginnen und Kollegen während einer Fortbildung vertreten könnte. Die Lösung kann aber nicht darin liegen, dass Lehrkräfte ihre Fortbildungen in die Ferien legen. Diese Zeit dient, wie in anderen Berufen auch, der Erholung, zum Ausgleich für geleistete Überstunden sowie defacto der Nach- und Vorbereitung des Unterrichts.

Ein Problem sind zudem die **Ressourcen**: 40€ sind pro unterrichtswirksamer Lehrerstelle eingeplant (was im Übrigen impliziert, dass Schulleiterinnen und Schulleiter sich für ihre Leitungsaufgaben nicht fortbilden müssen). Diese Summe deckt in den seltensten Fällen die Teilnahmegebühren einer Fortbildung. Das **Schulbudget für Fortbildungen** müsste also unbedingt angehoben werden, denn die

Übernahme der Fortbildungs- als auch der Reisekosten ist aus Sicht des VBE Sache des Dienstherrn.

Ein angemessenes Budget für Fortbildungen ist auch wichtig, um zu vermeiden, dass private Firmen den Geldmangel der Schulen ausnutzen und kostenlos Fortbildungen anbieten, die aber eher werblichen Zwecken dienen.

Aus Sicht des VBE Hessen richtet sich das **Fortbildungsangebot** derzeit zu stark nach den Interessen und Neigungen der Anbieter bzw. nach den Prioritäten des Hessischen Kultusministeriums. Die Fortbildungen zur Kompetenzorientierung sind ein Beispiel dafür: In einer Welle von Veranstaltungen wurden Grundlagen vermittelt. Doch welche Folgen hat die Kompetenzorientierung für die Leistungsbewertung? Was bedeutet sie für Nebenfächer wie Religion oder Physik? Wie muss die Leistungsbewertung angepasst werden? Mit solchen Details werden die Lehrerinnen und Lehrer dann alleine gelassen.

Wichtig ist auch, dass das Fortbildungsangebot abgestimmt ist. Fortbildung muss es aus einer Hand geben, damit Schulen langfristig und verlässlich planen können.

Der VBE Hessen fordert:

Für Fort- und Weiterbildung müssen den Schulen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das Fortbildungsangebot muss sich an den Bedürfnissen der Schulen orientieren und für die Schulen planbar sein.

Die Bezahlung

Die Wertschätzung der Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern muss auch finanziell Ausdruck finden. Der **Tarifabschluss** für die angestellten Lehrkräfte sowie dessen **Übertragung auf die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen** ist hier ein positives Signal. Allerdings auch ein längst überfälliges, nachdem die Beamten eine Nullrunde im Jahr 2015 und eine 1-prozentige Lohnerhöhung in 2016 hinter sich haben. Die realen Einkommensverluste aus diesen Jahren werden auch durch die höhere Besoldung ab August 2017 nicht ausgeglichen.

Die höhere Besoldung ändert leider auch nichts an der **Benachteiligung der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer**. Mit derzeit 29 Stunden haben sie die höchste Unterrichtsverpflichtung, verdienen aber deutlich weniger als die Lehrkräfte anderer Schulformen. Eine verfassungsrechtliche Grundlage für die unterschiedliche Bezahlung gibt es allerdings nicht, wie der VBE 2012 mit dem **Gusy-Gutachten** belegen konnte: Die unterschiedliche Ausbildung kann nicht mehr als Argument angeführt werden, da heutzutage sämtliche Lehrämter das Studium mit Staatsexamen abschließen. Auch das Argument, von Gymnasiallehrerkräften würden vor allem wissenschaftliche Fähigkeiten abverlangt, lässt das Gutachten nicht mehr

gelten; stattdessen seien heute alle Lehrerinnen und Lehrer stark pädagogisch gefordert: Um es auf den Punkt zu bringen: Die Arbeit in den unterschiedlichen Schulstufen und Schulformen ist zwar nicht gleichartig – aber gleichwertig.

Die schlechtere Bezahlung macht den Beruf als Grundschullehrerin bzw. Grundschullehrer nicht gerade attraktiv und ist aus Sicht des VBE Hessen ein wesentlicher Grund für den Lehrkräftemangel. Der VBE Hessen bekräftigt daher seine Forderung nach einer **gleichen Besoldung zum Berufseinstieg (A 13 für alle)**. Außerdem muss es an allen Schulen Möglichkeiten zur Beförderung geben.

Der VBE Hessen hält zudem an seinem Ziel fest, dass alle Lehrerinnen und Lehrer **verbeamtet** werden.

Der VBE Hessen fordert:

Die Politik muss alle Lehrämter zum Berufseinstieg gleich bezahlen (A13 für alle) und gleiche Beförderungsmöglichkeiten für alle schaffen. Die Verbeamtung aller Lehrerinnen und Lehrer muss das Ziel sein.